

Antikriegstag 2003:

Nein zu Aufrüstung, Eingreiftruppen und Krieg!



Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Er endete in einer Katastrophe: 60 Millionen Menschen in Europa und vielen anderen Teilen der Welt bezahlten die deutschen Eroberungs- und Weltherrschaftspläne mit dem Leben.

Internationales Gewaltverbot!

Aus der schrecklichen Erfahrung des deutschen Faschismus und des von ihm begonnenen Krieges zogen die Menschen nicht nur in Deutschland sondern in der ganzen Welt die Konsequenzen:

Krieg und die Drohung mit Krieg, jede Anwendung militärischer Gewalt sollte künftig verboten sein. Die Staaten der Welt gründeten die Vereinten Nationen, die künftig dafür sorgen sollten, das in der UNO-Charta gemeinsam vereinbarte Gewaltverbot international durchzusetzen.

Auch in Deutschland herrschte Einigkeit: Nie wieder Krieg von deutschem Boden! war zunächst die Losung aller Parteien in West wie Ost.

„Wer wieder ein Gewehr in die Hand nimmt“, so der der spätere Verteidigungs- und Atomminister F.J. Strauß damals, „dem soll die Hand verdorren.“

Alles wieder vergessen?

Heute steht die wieder aufs modernste aufgerüstete deutsche Armee, die Bundeswehr, in insgesamt 12 fremden Ländern im militärischen Einsatz. Sie beteiligt sich an Kriegen wie gegen Jugoslawien und Afghanistan. Der zuständige Minister Struck: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“.

Entgegen Grundgesetz und Völkerrecht wird offen ausgesprochen, daß es nicht um Verteidigung geht: „Eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte gibt es derzeit und auf absehbare Zeit nicht“, erklärt Minister Struck wie bereits seine Vorgänger Scharping und Rühle in den verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung.

Millarden für Aufrüstung und Eingreiftruppen

Trotzdem wird weiter aufgerüstet: Während die Sozialsysteme ausgedünnt und unterfinanziert sind, soll der Rüstungshaushalt jährlich um 800 Mio Euro erhöht werden. 8,3 Milliarden Euro kosten allein die bestellten Militärtransporter - ein Rüstungsprojekt unter vielen.

Die neuen Rüstungsprojekte dienen ausschließlich den neu aufgestellten Eingreiftruppen: Truppen, die nicht zur Verteidigung, sondern zu Interventionen in fernen Ländern dienen.

Solche Truppen werden im Rahmen der EU, der Nato und auch als bi- und multinationale Korps aufgebaut. Die Bundeswehr stellt in jedem Falle die entscheidenden Kontingente.

Krieg ist keine Lösung

Wir wollen uns daran nicht gewöhnen, daß Krieg und die Drohung mit militärischer Gewalt für deutsche Politiker wieder selbstverständlich geworden sind.

Krieg ist kein Mittel der Politik, sondern das Ende jeder vernunftbestimmten Politik.

Wohin immer jetzt und in Zukunft „Eingreiftruppen“ entsandt werden, sind sie nicht die Lösung des Problems, sondern ein Teil des Problems.

Weder im ehemaligen Jugoslawien, noch in Afghanistan und schon gar nicht im Irak gab es ernsthafte Versuche, die Probleme mit zivilen, politischen Mitteln zu lösen, bevor es zu bewaffneten Konflikten oder direkt zum Bombenkrieg des Westens kam. Im Gegenteil: In der Vorbereitung des Krieges gegen den Irak wurde besonders deutlich, daß es nicht um Friedenssicherung oder um die Hilfe für die Menschen geht, sondern allein um die Durchsetzung der eigenen politischen oder wirtschaftlichen Ziele durch den Einsatz von Militär und Krieg.

Nein zu allen Kriegen!

Im Irakkrieg, hat die Bundesregierung die Zustimmung zum Krieg verweigert, weil es dort um die Durchsetzung us-amerikanischer Interessen ging.

Wir aber verlangen mehr: Die Zustimmung zu Kriegseinsätzen muß auch verweigert werden, wenn sie im Interesse der Bundesregierung liegen.

Die Menschen in unserem Land nämlich haben keine Interessen, die sie mit Krieg und Militär durchgesetzt haben wollen.

Wir, die VVN - Bund der Antifaschisten bleiben dabei:

**Nie wieder Krieg,
nie wieder Faschismus!**

Die VVN-BdA fordert:

- **Ablehnung aller Militäreinsätze und militärischen Interventionen!**
- **Ersetzung des Besatzungsregimes im Irak durch den Aufbau demokratischer Strukturen unter UNO-Regie**
- **Auflösung aller schnellen Eingreiftruppen von NATO, EU und Bundeswehr!**
- **Drastische Senkung der Rüstungsausgaben,**
- **Stopp aller Aufrüstungsprojekte.**
- **Abrüstung statt Sozialabbau!**
- **Stärkung des Völkerrechts, der Menschenrechte und der Demokratie.**
- **Eine gerechte Weltwirtschaft anstelle von Ausplünderung und Ausbeutung!**